
Dokumentation

Verhandlungen und Beschlüsse des 12. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses*

Themenbereiche: Arbeitslosigkeit/Beschäftigungspolitik/Tarifpolitik/Mitbestimmung

Aus den mündlichen Ergänzungen zum Geschäftsbericht

Heinz Oskar Vetter, Vorsitzender des Kongresses: Ein Wort zur Mitbestimmung, Kolleginnen und Kollegen. Die Mitbestimmung ist bedroht. Zwar wurden die Verfassungsbeschwerden gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976 vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen. Damit konnte ein massiver Angriff der Arbeitgeberverbände auf die Mitbestimmung abgewehrt werden.

Aber es hat sich in diesem Zusammenhang sehr hilfreich erwiesen, daß wir bereits 1975 eine wissenschaftliche Konferenz zur Frage der Verfassungsmäßigkeit in Sachen Mitbestimmung durchgeführt haben. Und dennoch hat uns die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nur eine kurze Atempause verschafft. Bereits ein Jahr später wurde von Mannesmann der Versuch gemacht, der Montanmitbestimmung gewissermaßen den Todesstoß zu versetzen.

Trotz intensiver Gespräche und Verhandlungen mit den Arbeitgebern und den Parteien haben wir letztlich keinen Erfolg erzielen können. Das vom Bundestag 1981 beschlossene Änderungsgesetz verschafft der Montanmitbestimmung lediglich eine Galgenfrist. Seit dem 1. Juli 1981 droht doch mit jeder Umstrukturierungsentscheidung eines Unternehmens die Gefahr, daß die Montanmitbestimmung in sechs Jahren hinwegmanipuliert ist.

Deshalb, liebe Kollegen, halten wir es auch für sinnvoll und wir haben es für notwendig gehalten, die Fragen der Mitbestimmung erneut und prinzipiell für uns alle zu stellen. Denn unter uns kann ja nichts mehr strittig sein. Der Bundesvorstand berät gegenwärtig über die Einzelheiten einer umfassenden Mitbestim-

* Der Wortlaut dieser Auszüge aus den mündlichen Ergänzungen zum Geschäftsbericht, aus den Diskussionen dazu sowie aus der Antragsberatung folgt den Tagesprotokollen, die bereits während des Kongresses zur Verfügung gestellt wurden. Mit diesen Auszügen beenden wir unsere Dokumentation über Verhandlungen und Beschlüsse des 12. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses.

mungsininitiative. Dieser Kongreß, liebe Freunde, muß es einfach deutlich machen, er wird es deutlich machen, wie ernst es uns in dieser Frage ist.

Ich selbst halte daran fest: Eine begrenzte Mitbestimmungsinitiative, die sich einfach nur auf die Unternehmensebene beschränken würde, greift zu kurz. Deshalb gilt unverändert: Wenn eine Mitbestimmungsinitiative nicht nur die Unterstützung der Mitgliedschaft, sondern auch der Öffentlichkeit gewinnen soll, dann müssen wir eben die Ebenen mit einbeziehen, die die Arbeitnehmer direkt und sinnfällig betreffen — am Arbeitsplatz und im Betrieb.

Die qualitative Mitbestimmung packt das Unternehmen in sich. Aber wir müssen begreifen, daß jedes Unternehmen eingebunden ist in die Gesamtwirtschaft, in die nationale wie die internationale Konkurrenz. Darum müssen wir auch die Ebene mit einbeziehen, auf der wir die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinflussen können. Wir müssen klarmachen, was die Mitbestimmung, wenn sie sich auf alle Ebenen erstreckt, leisten kann. Nämlich leisten kann zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, zur Sicherung der beruflichen Qualifikation und zur Sicherung des sozialen Status des Arbeitnehmers. Wir haben sehr wohl registriert, daß selbst der Generalsekretär der FDP neuerdings die Montanmitbestimmung bejaht. Und dennoch bleiben wir skeptisch.

Die Parteien werden sich aus eigenem Antrieb wohl kaum auf eine grundlegende Reform der Mitbestimmung verständigen. Und schon gar nicht wird der Druck der Arbeitgeber nachlassen. Sie werden unverändert gegen Idee und Praxis der qualifizierten Mitbestimmung anrennen. Deshalb müssen wir rechtzeitig eine breite Kampagne starten und

durchhalten, die alle verfügbaren Kräfte mobilisiert. Bis zur nächsten Bundestagswahl müssen die Voraussetzungen geschaffen sein, unsere Mitbestimmungsvorstellungen durchzusetzen.

[...]

Ich bleibe dabei, was ich schon zum 1. Mai gesagt habe: Nicht die Neue Heimat, der eigentliche Skandal unserer Gesellschaft ist die Massenarbeitslosigkeit. Deshalb lassen wir Gewerkschaften uns nicht von unserer eigentlichen Aufgabe abbringen, die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen zu vertreten, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, für eine gerechte Sozialpolitik zu sorgen und die Ordnung unserer Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu gestalten. (*Beifall*)

Mitbestimmung. Vermögensbildung. Gemeinwirtschaft, Kontrolle der Technologie - das sind die Antworten der Gewerkschaften auf die drängenden Fragen, die uns ein Wirtschaftssystem aufgibt, das Arbeitslosigkeit nicht verhindert, mit dem wirtschaftliche und soziale Fehlentwicklungen untrennbar verbunden sind.

Vorausschauende Strukturpolitik und Investitionslenkung müssen die Antworten des Staates sein, um gestaltend in den Wirtschaftsprozess einzugreifen. Dauerhafte Vollbeschäftigung ist nur durch den geplanten und gezielten Einsatz des wirtschafts-, arbeitsmarkt- und finanzpolitischen Instrumentariums zu verwirklichen.

Wenn die Marktwirtschaft darauf hinausläuft, die staatliche Wirtschaftspolitik und die gewerkschaftliche Tarifpolitik unternehmerischen Gewinn- und Herrschaftsinteressen unterzuordnen, wenn die Arbeitslosigkeit als eine natürliche Auswirkung dieser Wirtschaftsordnung hingenommen wird, ja sogar ein-

kalkuliert wird, dann ist diese Marktwirtschaft nicht mehr sozial und für die Gewerkschaften auch nicht mehr tragbar. (*Beifall*)

Auf der Grundlage einer demokratisch kontrollierten Rahmenplanung müssen öffentliche und private Investitionen mit den konjunkturellen und strukturellen Erfordernissen der Wirtschaft abgestimmt werden. Und mit der Entscheidung über die Investitionen wird auch zugleich über die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft und damit über die Arbeitsplätze von morgen und von übermorgen entschieden. Ich meine, daß es eine viel zu ernste Sache ist, als daß wir sie den Unternehmern allein überlassen können. Es ist doch reine Demagogie, das ganze Problem mit Formeln wie „Markt oder Planung“, „Freiheit oder Dirigismus“, „Privatinitiative oder Bürokratie“ abzutun. In einer Zeit, in der keiner mehr ohne Planung gerade in den Großunternehmen auskommt, kann die Frage ja nur lauten: Planung von wem, Planung in wessen Interesse und Planung unter welcher Kontrolle?

Unsere Geschichte hat uns doch eines gelehrt: Die politische Demokratie muß durch eine Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt werden. Ohne eine demokratisch verfaßte, den Bedürfnissen, den Freiheits- und Gleichheitsrechten der Menschen dienende Wirtschaft kann unser demokratischer und sozialer Rechtsstaat auf die Dauer keinen Bestand haben. Es geht nicht darum, die Marktwirtschaft durch eine zentrale Planwirtschaft zu ersetzen. Es geht darum, den Menschen wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu rücken!

Alois Pfeiffer, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes: Ich habe eingangs die aktuelle Beschäftigungssituation und die sich daraus ableitende Zukunftsperspektive aus der Sicht des DGB analysiert. Diese Analyse und Pro-

gnose „steht“ spätestens seit unserem Vollbeschäftigungsprogramm von 1977. Die Annahme eines langfristig schwächeren Wirtschaftswachstums bei anhaltend hohen Produktivitätsfortschritten und noch lange Zeit steigender Zahl der Erwerbspersonen wird mittlerweile von den Wirtschaftsforschungsinstituten geteilt.

Auch die Prinzipien unserer Beschäftigungsstrategie „stehen“ bereits seit Mitte der siebziger Jahre. Sie lauten: Beschleunigung des qualitativen Wachstums durch öffentliche und private Investitionen in gesellschaftlich vorrangigen Bereichen; Verkürzung der Arbeitszeit, um die vorhandenen Arbeitsplätze auf möglichst viele Arbeitnehmer zu verteilen und die Lebensqualität der Arbeitnehmer zu erhöhen, und soziale Kontrolle der technologischen Entwicklung, um zu gewährleisten, daß kürzere Arbeitszeit nicht zu steigender Arbeitsintensivierung, sondern zu mehr Beschäftigung führt.

Ich meine, es gibt für uns nicht den geringsten Anlaß, an Analyse und Strategie Grundlegendes zu ändern. Das Stadium von Analyse, Prognose und Erarbeitung beschäftigungspolitischer Inhalte haben wir verlassen. Jetzt geht es um Durchsetzungsstrategien.

Dazu möchte ich folgende Feststellungen treffen: Spürbare Beschäftigungserfolge können wir nur erzielen, wenn unsere Strategie als Gesamtkonzept umgesetzt wird. Jeder einzelne Ansatzpunkt reicht für sich genommen nicht aus, um durchschlagende Erfolge zu erzielen.

Eigene gewerkschaftliche Handlungsinitiativen können wir direkt auf dem Feld der Tarifpolitik im Hinblick auf Arbeitszeitverkürzung und soziale Kontrolle der technologischen Entwicklung ergreifen.

Auf Maßnahmen zur Förderung des qualitativen Wachstums können wir nur indirekt Einfluß nehmen, um durch Überzeugung der öffentlichen Meinung und der im Parlament vertretenen Parteien die Politik zu beeinflussen. Aber wir können auch Druck ausüben, wenn wir keinen Zweifel daran lassen, daß der DGB und seine Gewerkschaften der Vollbeschäftigung eindeutigen Vorrang einräumen und daß wir um so entschlossener auf Arbeitszeitverkürzung und Kontrolle der technologischen Entwicklung bestehen, je weniger Aussicht auf Abbau der Arbeitslosigkeit durch qualitatives Wachstum besteht. *(Beifall)*

Wir dürfen uns unser langfristiges Konzept zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums von niemandem abkaufen lassen.

Solange die Arbeitslosigkeit nicht überwunden ist, bleiben auch unsere Finanzierungsvorschläge auf dem Tisch, die da lauten: Umstrukturierung der Staatsausgaben durch Subventionskontrolle und Abbau nichtbeschäftigungswirksamer oder sonstiger fragwürdiger Subventionen; sozialsymmetrische Erhöhung der Staatseinnahmen durch eine • Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen sowie eine Arbeitsmarktabgabe; schließlich Ausnutzung der in ökonomischer Betrachtung und insbesondere im internationalen Vergleich zweifellos auch bei uns noch vorhandenen Spielräume zur staatlichen Kreditaufnahme.

[...]

Was wir jetzt brauchen, ist eine noch gezieltere, von allen Gewerkschaften einheitlich mitgetragene und langfristige orientierte Aufklärungskampagne. Nur so können wir überzeugende politische Mehrheiten für unsere Vorschläge gewinnen und damit unsere gewerkschaftliche Position auch politisch durchsetzen. Vielen Dank. *(Anhaltender Beifall)*

Aus der Diskussion über die Geschäftsberichte

Eugen Loderer, IG Metall: Grundlage unseres politischen Strebens sind nicht nur die vorhandenen Forderungskonzepte und die öffentlichen Aktionen zu ihrer Umsetzung. Bestandteil der politischen Interessenvertretung sind auch die Begegnungen des DGB-Bundesvorstands mit Spitzenpolitikern. Damit meine ich genau und konkret die sogenannten Kamingespräche, wie man sie zu nennen pflegt, zwischen Bundeskanzler und Gewerkschaftsvorsitzenden und auch die Treffen mit den Bundestagsfraktionen und Parteivorständen.

Alles das ist in der Sache niemals sinnlos gewesen, selbst solche Bemühungen nicht, die ohne konkretes Ergebnis blieben. Wichtig war und ist, die Brücke zur Politik nicht einstürzen zu lassen.

In vielen Fällen haben wir die Politik überzeugen können und von ihr Hilfe oder doch Flankenschutz erhalten. Alles das sind Beweise für doch recht gute Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Regierung in unserem Land, die es in der übrigen Welt - ich wage es zu behaupten — so nicht gibt. Aus unserer internationalen Arbeit weiß ich eines, und ich wiederhole es mit aller Deutlichkeit: Weder im übrigen Europa noch in den USA noch in Japan gibt es so viele Begegnungen und Kontakte mit dem Regierungschef und den Ministern, wie wir sie als Deutscher Gewerkschaftsbund und Einzelgewerkschaften in dieser Republik seit langem pflegen.

Unübersehbar ist jedoch bei alledem, daß diese Kontakte von den verschiedensten Seiten her beargwöhnt und kritisiert werden. Es kann nicht oft und klar genug unterstrichen werden: Wir gehen zur Politik, um Mitgliederinteressen zu vertreten, nicht, um Mitgliederinteressen zu verraten! *(Beifall)*

Günter Döding, Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG): Liebe Kolleginnen und Kollegen, im schriftlichen Geschäftsbereich ist vermerkt, daß es den Gewerkschaften bisher nicht gelungen ist, einen größeren Schritt hin zur 35-Stunden-Woche zu tun. Allerdings gibt es dort auch den Hinweis, daß in einer Vielzahl von Tarifbereichen die Arbeitszeit für bestimmte Arbeitnehmergruppen, wie Nacht- und Schichtarbeit sowie ältere Arbeitnehmer, verkürzt werden könnte.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das Thema Verkürzung der Lebensarbeitszeit eingehen. Hier wende ich mich gleich an die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Was soll denn die Heuchelei, von der Unverzichtbarkeit auf die Erfahrung älterer Arbeitnehmer zu reden, wenn mehr als 110 000 Ältere ab 58 Jahre als Arbeitslose ohne Hoffnung und Perspektive sind, ohne daß die Arbeitgeber ihre Erfahrungen nutzen wollen. Sie sind entlassen von Unternehmern, den gleichen Heuchlern.

Und ist es nicht die inhumanste Form der Arbeitszeitverkürzung und des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben, wenn man mit 58 Jahren in die Arbeitslosigkeit entlassen wird? Und was sollen die Horrorzahlen der BDA aus der vergangenen Woche zu diesem Thema? Wie will man belegen, daß die Finanzlast für vorzeitig Ausscheidende 20 Milliarden DM per anno beträgt?

[...]

Kolleginnen und Kollegen... es geht darum, schneller und zugleich wirksamer den gesellschaftspolitischen Druck, der von Arbeitslosigkeit herrührt, mindestens zu mindern. Und natürlich steht auf unserem Einkaufszettel ganz oben die Verkürzung der Arbeitszeit. Über dieses Ziel gibt es doch keinen Streit un-

ter uns. Es kommt doch vielmehr darauf an, auf welchen Wegen auch immer wir zu Ergebnissen kommen. Und es ist doch wohl richtig, wenn wir Arbeitszeitverkürzungen pro Woche, freiwilliges und vorzeitiges Ausscheiden Älterer aus dem Erwerbsleben, zusätzliche Freizeit für Schichtarbeiter, mehr Mitbestimmung des Betriebsrates bei der personellen Besetzung von Maschinenanlagen und Verkaufsflächen, mehr Mitbestimmung des Betriebsrates bei der technisch-organisatorischen Gestaltung der Arbeitsplätze, tarifvertraglich und zum Teil gesetzlich verlangen. Diese Forderungen - zusammengenommen und auch einzeln - dienen der Humanisierung des Arbeitslebens und dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Und ich meine, solidarische Tarifpolitik ist auch, daß für Humanisierung sowie Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Forderungskatalog unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden können. Ich kann jedenfalls zum Beispiel nicht das, was in der Zigarette möglich ist, im Süßwarenereich gleichermaßen durchsetzen. Dafür gibt es wirtschaftlich-strukturelle und manchmal auch organisatorische Gründe.

Zum Schluß will ich ein anderes nicht untergehen lassen. Es sieht ja so aus, daß im Rahmen der staatlichen Gemeinschaftsinitiative, im Rahmen eines Schrittes in die richtige Richtung auch Investitionszulagen an die Unternehmer gewährt werden.

Ich vermisse die Beachtung der gewerkschaftlichen Forderung, daß staatliche Investitionszulagen nur mit einer beschäftigungswirksamen Auflage gegeben werden. (*Beifall*)

Denn ohne beschäftigungspolitische Kontrolle kann es uns leicht passieren - wie in der Vergangenheit -, daß nicht Arbeitsplätze geschaffen, sondern ver-

nichtet werden. Man kann doch wohl erwarten, daß in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit die Empfänger von Steuergroschen, unserer Steuergroschen, nicht zweimal Kasse machen dürfen. *(Beifall)*

Und ganz am Schluß: Wenn Unternehmer durch ihre Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände verkünden, daß man weiter in das soziale Netz schneiden müsse, so sollte auch in diesem Zusammenhang deutlich von uns gesagt werden: Schneiden sollen sie, nämlich sich selbst tief und fest in ihren eigenen Finger. Die Hilfe der Politiker ist uns dabei sehr willkommen. *(Beifall)*

Karl-Heinz Janzen, IG Metall: Wir haben, so meine ich, uns und unserer Sache keinen Gefallen damit getan, daß wir aus, ich meine, falsch verstandener Loyalität oder Solidarität, wem gegenüber auch immer, Entscheidungen letztlich zähneknirschend nur zur Kenntnis genommen haben.

Oft mußte so der Eindruck entstehen, als seien die von Spitzenpolitikern aufgezeigten, vielfach vermeintlichen Sachzwänge Begründung genug, um den Arbeitnehmern oder Rentnern kontinuierlich immer weiter das Fell über die Ohren ziehen zu können.

Mit Blick auf die Vorstellungen zur Operation '83, die ja kommen wird, muß doch durch unsere Haltung zur Operation '82 der trügerische Eindruck entstanden sein, als ließe sich diese Politik kontinuierlich fortsetzen.

Ich meine, Kolleginnen und Kollegen, niemand hat das Recht, aus seiner parteilichen Funktion und Betroffenheit heraus den Eindruck entstehen zu lassen, als sei das schon die den Arbeitnehmern vorweggenommene Akzeptanz politischer Entscheidungen. *(Zustimmung)*

Ich meine, niemand hat auch das Recht - das möchte ich hier sehr nachdrücklich sagen -, den vermeintlichen Nörglern an der Bonner Politik die Schuld für die den Sozialdemokraten verlorengegangenen Wahlen in die Schuhe zu schieben. Ich bin froh, daß Willy Brandt auf dem SPD-Parteitag zu den Schuldzuschreibungen das Notwendige klargestellt hat.

Ich meine, so darf und so kann man in einer Einheitsgewerkschaft nicht miteinander umgehen. So unterschiedlich dürfen gerade in einer Einheitsgewerkschaft auch in der Bewertung politischer Vorgänge die anzulegenden Maßstäbe nicht sein.

Das gilt auch für die Form der Auseinandersetzung mit den Parteien und unsere Proteste, wenn wir vor unseren Mitgliedern überhaupt noch glaubwürdig bleiben wollen. Wir werden oft in Veranstaltungen von unseren Mitgliedern daran erinnert. Kolleginnen und Kollegen: Zu Zeiten einer anderen Regierungskonstellation sind wir früher, und zwar sehr zu Recht, schon aus ganz anderen Gründen auf die Straße gegangen, als das in letzter Zeit der Fall war. Es war schon frappierend festzustellen, daß während der Operation '82 die meisten Vorstände der Gewerkschaften im Wortlaut fast gleich — einschließlich DGB-Bundesvorstand - die Unausgewogenheit in den Belastungen hart kritisierten und solche Entscheidungen auch ablehnten. Aber es war meines Erachtens mehr als nur ein schwaches Bild gewerkschaftlicher Kampfkraft, daß sich der Protest der Gewerkschaften gegen die finanziell einseitigen und die sozial unausgewogenen Beschlüsse zur Konsolidierung des Bundeshaushalts allein in einer Protestkundgebung des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg mit 70000 Gewerkschaftern ausdrückte. *(Beifall)*

Horst Morich, Gewerkschaft Holz und Kunststoff: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Beitrag gilt im wesentlichen unserem gemeinsamen dringenden Anliegen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu stoppen und zurückzudrängen. Diese uns alle gemeinsam bewegende Frage war in fast allen Berichten des DGB-Bundesvorstandes Bestandteil - wichtiger Bestandteil - der Darstellung unserer Situation. Auch Herr Kohl als Vorsitzender der CDU hat darüber gesprochen; ich habe nur vermißt, daß er konkrete Vorschläge zur Lösung dieses Problems hier vorgetragen hat. *(Beifall)*

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zunächst feststellen, daß die Organisation, für die ich hier spreche, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, wie andere, wie eine Reihe anderer Organisationen mit außerordentlich großen Problemen infolge der nach wie vor rückläufigen Beschäftigungslage zu tun hat. Die derzeitige schlechte Wirtschaftslage macht sich in unserer Branche in einer Weise bemerkbar, wie wir sie seit der Nachkriegszeit nicht erlebt haben. Rund ein Drittel der Betriebe in der Holzindustrie steht in Kurzarbeit, und dies verschiedentlich schon über viele Monate hinweg, ohne daß eine Änderung in Sicht wäre.

Kolleginnen und Kollegen, das dumme Gerede mancher Leute vom Gürtelenger-Schnallen und die Tatsache des Rückgangs der realen Kaufkraft in den letzten beiden Jahren schlägt insbesondere in der Möbelbranche negativ zu Buche. Was unsere Organisation betrifft, können wir auf eine stolze Entwicklung in den letzten Jahren zurückblicken. Aber wir stellen heute fest, daß allein in dieser Branche in den letzten 15 Monaten 200 Betriebe durch Konkurse und Betriebsschließungen von der Bildfläche verschwunden sind. Über 15000 Arbeitnehmer haben allein in diesen letzten 15 Monaten in der Holzwirtschaft ihren Ar-

beitsplatz verloren. Und was dazu kommt: überwiegend in wirtschaftlich schwach strukturierten Gebieten. Deshalb wiegt dieser Rückgang doppelt schwer.

Unsere Branche ist wie andere Branchen auf eine starke Inlandsnachfrage angewiesen. Investitionszulagen, wie sie sich ankündigen, nützen sehr wenig. Neben den schwachen Ansätzen, die dieses sogenannte Beschäftigungsprogramm bietet, liegt die Gefahr der Mitnahmeeffekte und der Rationalisierungsinvestitionen erheblich in negativer Richtung.

Die Sorge ist berechtigt, daß mindestens zum erheblichen Teil mit der pauschalen Investitionszulage nach dem altbekannten Gießkannenprinzip genau das Gegenteil bewirkt wird, daß eben nicht Arbeitsplätze gesichert, noch mehr Arbeitsplätze geschaffen, sondern daß weitere Arbeitsplätze gefährdet und wegrationalisiert werden. *(Beifall)*

Das Ziel eines Beschäftigungsprogramms muß doch aber darin bestehen, Arbeitsplätze zu schaffen und Investitionen, wie es Günter Döding bereits gesagt hat, zu binden an den Auftrag, um damit auch wirklich arbeitsmarktwirksam tätig zu werden. Diesem Ziel, das sage ich ganz deutlich, wird dieser Kompromißvorschlag des Vermittlungsausschusses nicht gerecht. Ich möchte noch einmal ausdrücklich feststellen, daß wir nach wie vor - wie es Alois Pfeiffer gestern vorgetragen hat — das von den Gewerkschaften entwickelte Beschäftigungsprogramm für ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit halten. Daran gibt es keinen Zweifel, und davon lassen wir uns nicht abbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Gewerkschaft, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, hat zu diesem Kon-

groß einen Antrag eingebracht, der den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften und Industrie- und Gewerkschaften zum gemeinsamen Vorgehen zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung und zur stärkeren Koordinierung der Tarifpolitik auffordert. Das heißt, Koordinierung in grundsätzlichen Fragen, nicht in der Lohn- und Gehaltspolitik im einzelnen. Hier gibt es wesentliche und branchenspezifische Unterschiede, die nicht über einen Leisten geschlagen werden können. Es wäre fatal, wollte man das tun.

Wir meinen allerdings, Kolleginnen und Kollegen, daß es an der Zeit ist, die 35-Stunden-Woche eher kurz- als langfristig gemeinsam mit Nachdruck in Angriff zu nehmen. *(Beifall)*

Bernhard Baumeister, Gewerkschaft HBV: Weltenschmerz und Selbstmitleid haben auf diesem Kongreß nichts zu suchen. Kämpferische Aufrührerstimmung gerade jetzt. Natürlich sind zwei Millionen Arbeitslose eine schwere Hypothek, die auf diesem Kongreß lastet. Doch nicht klagen und jammern ist unser Auftrag, sondern klare Forderungen zu stellen für die kämpferische Auseinandersetzung mit den Gegnern. Den Arbeitgebern, die den Klassenkampf betreiben. Eine unmißverständliche Strategie muß entwickelt werden, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit war nach dem Kriege nie deutlicher zu spüren als heute. Nur nicht wir, die Arbeitgeber machen das deutlich. Ade zu Sozialpartnerschaft. Das ist ja nett, wenn Heinz Oskar Vetter dem Herrn Esser bei der Begrüßung hier nochmals die Hand reicht. Nur das reicht nicht mehr. Händchenhalten können wir meinetwegen wieder, wenn die Vollbeschäftigung erreicht ist, der Reallohn gesichert, das Problem der Rationalisierung in Werkstatt und Büro für

die Arbeitnehmer zufriedenstellend gelöst ist, Humanisierung der Arbeit kein Fremdwort mehr ist und die Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit hergestellt wird, die Montan-Mitbestimmung dauerhaft gesichert und die paritätische Mitbestimmung endlich erreicht ist. Wenn die Arbeitgeber den Klassenkampf wollen, dann müssen sie ihn auch kriegen. Sie kriegen ja sonst auch alles. *(Beifall)*

Christian Götz, Gewerkschaft HBV: Die Antwort der Gewerkschaften auf die wachsende Massenarbeitslosigkeit bestand seit 1974 darin, immer neue Beschäftigungsprogramme zu entwickeln bis hin zu unserem jüngsten 50-Milliarden-Programm. Das waren ganz gewiß wichtige und auch richtige Schritte. Sie reichten und reichen aber nicht aus. Defizite sehe ich vor allem in zwei Punkten: 1. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat nicht ausreichend deutlich gemacht, daß er über Beschäftigungsprogramme hinaus über ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Krise verfügt. Wir haben es ja. Damit meine ich u. a. unsere Forderung nach gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung, Strukturplanung, Investitionslenkung, qualitativem Wachstum und spürbarer Arbeitszeitverkürzung.

Wir haben darauf verzichtet, diese vom letzten Außerordentlichen DGB-Bundeskongreß noch einmal bestätigten und präzisierten programmatischen Forderungen und Vorstellungen breit zu propagieren und zumindest in den Köpfen unserer Mitglieder zu verankern. Dadurch mußte sich bei vielen Arbeitnehmern und Bürgern der Eindruck verstärken, auch die Gewerkschaften hätten keine glaubwürdige und machbare Alternative zu bieten.

2. Die Gewerkschaften sind die Durchsetzung beschlossener programmatischer Forderungen nicht mit der un-

ter den heutigen Bedingungen notwendigen Konsequenzen angegangen. Es gab keine gemeinsame Strategie zur Mobilisierung unserer Mitglieder. Stuttgart bildete die rühmliche Ausnahme und übrigen - das sollten wir nicht vergessen - zugleich den Beweis dafür, den überzeugenden Beweis, daß unsere Kolleginnen und Kollegen zu einem entsprechenden Engagement durchaus bereit sind, wenn die entsprechende politische Orientierung durch die Gesamtorganisation erfolgt. Aber solche Signale sind anschließend ausgeblieben, und so blieb Stuttgart ein bemerkenswerter Einzelfall.

Das geschah - diese begründete Vermutung ist wohl erlaubt - mit Rücksicht auf die Bonner Koalition. So gesehen sind auch Zweifel an der Einschätzung von Heinz Oskar Vetter erlaubt, die Gewerkschaften seien noch nie so unabhängig gewesen wie heute. Das ist ein anzustrebendes Ziel, aber noch nicht ausreichende Realität. Für mich zeugt es auch nicht gerade von praktizierter Unabhängigkeit, daß wir Franz Josef Strauß zu diesem Kongreß eingeladen haben. (Beifall)

[...]

Nach meiner Einschätzung hat es der gewerkschaftlichen Politik in den letzten Jahren an dem notwendigen offensiven Charakter gefehlt. Laßt mich dafür drei weitere Beispiele anführen:

1. In der Friedenspolitik haben wir nicht vorwärtsweisend agiert, sondern reagiert.

2. Zu den grünen Fragen beziehen wir weitgehend keine Position, und das, obwohl wir zum Beispiel bereits vor zehn Jahren durchaus vorzeigbare Leitsätze zum Umweltschutz beschlossen haben, die heute allerdings fast keiner mehr kennt.

3. Die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen fühlen sich mit ihren spezifischen Problemen bei uns nicht richtig aufgehoben. Die Aktivsten organisieren sich in Arbeitsloseninitiativen, von denen über kurz oder lang in mehrfacher Hinsicht eine gesellschaftspolitische Sprengkraft ausgehen könnte. Deshalb begrüße ich es außerordentlich, daß der DGB-Vorsitzende gestern die Notwendigkeit unterstrichen hat, die Türen der Gewerkschaftshäuser weit für die Arbeitslosen zu öffnen.

Ein Ergebnis dieser Versäumnisse ist, daß junge Menschen nicht mehr in ausreichendem Maße bereit sind, sich gewerkschaftlich zu organisieren und vor allen Dingen bei uns mitzuarbeiten. Ob es in den Gewerkschaften heute, wie von manchen publizistischen Beobachtern registriert, bereits eine Kluft zwischen Basis und Führung gibt, will ich nicht abschließend beurteilen. Ich registriere allerdings bei unseren Veranstaltungen, an denen die aktiven Kolleginnen und Kollegen mitmachen, immer deutlicher ein Unverständnis gegenüber politischen Entscheidungen unserer Führungsorgane. Das sollte uns zu denken geben: denn hierbei handelt es sich um Umsetzer und Multiplikatoren, auf die jede Massenorganisation zwingend angewiesen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Bekämpfung dieser Entwicklung und zur Lösung dieser Probleme gibt es sicherlich keine Patentrezepte. Mir geht es darum, eine Entwicklung zu verhindern, die von der Staats- und Parteienverdrossenheit letztlich auch noch zur Gewerkschaftsverdrossenheit führt. Meiner Meinung nach sollte von der großen Richtung her die Antwort darin bestehen, das Konzept autonomer Gewerkschaftspolitik wieder gezielt aufzugreifen, inhaltlich auszuformen und zu praktizieren.

Franz Steinkühler, IG Metall: Die Operation '82 - da mag man persönlich dazu stehen wie man will - ist eine Fortsetzung des Verteilungskampfes, aus dem man sich nicht ausklinken kann, der nicht stillsteht: der, wenn man sich ausklinkt, eben dann ohne Widerstand Umverteilung zu unseren Lasten und zugunsten der anderen bringt.

Ich sage das deshalb, weil ich daran zweifle, daß alle es so sehen, und weil ich möchte, daß wir die Chance eines solchen DGB-Kongresses nutzen, darzustellen, warum möglicherweise andere aus guten Gründen das anders sehen könnten. Denn es wurde heute schon zweimal gesagt: Der Widerstand gegen die Operation '82 blieb punktuell. Er war auf einzelne Bereiche beschränkt. Das trifft auch zu beim Widerstand gegen die Demontage der Mitbestimmung, das trifft zu bei dem Versuch, das gesellschaftliche Risiko der Arbeitslosigkeit über die Unzumutbarkeitsregelung zu individualisieren - ich könnte eine Kette von Beispielen dafür aufzählen. (*Beifall*)

[...]

Heute werden ganz offensichtlich die Grenzen ausgelotet, wie weit die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften zurückgedrängt werden können, wie weit versucht werden kann, den Sozialstaat zu demontieren, ohne seinen Zweck zu gefährden, nämlich den inneren Frieden zu erhalten.

Ich glaube, es bedarf keiner prophetischen Gabe, um vorauszusehen, daß die Löcher im Staatshaushalt nicht kleiner, sondern größer werden. Und ich glaube, wer Ohren hat zu hören und Augen hat zu lesen, der muß begreifen, daß die Generalstäbe der Gegenseite ihren Angriff bereits systematisch und planmäßig vorbereitet haben. Da werden die Karenz-tage wieder ins Gespräch ge-

bracht, da wird die bruttolohnbezogene Rente zur Disposition gestellt, da sollen die Kuren eingeschränkt werden, da soll die freie Arztwahl beschränkt werden, da soll in Zukunft teilweise krankgeschrieben werden können, und da soll den Behinderten ans Leder gegangen werden.

Ich will ganz gewiß historische Parallelen nicht strapazieren in dem Sinne, daß alles schon einmal dagewesen sei. Aber die Entwicklung heute erinnert mich eben fatal an Weimarer Zeiten, die ich Gott sei Dank nicht miterleben mußte. Aber es gibt Kollegen, die sie miterlebt haben und die - ich sage das mit allem Vorbehalt - auf mich manchmal den Eindruck erwecken, daß sie mehr hoffen als zulässig ist angesichts des Gegners, mit dem wir es zu tun haben. (*Beifall*)

Wenn wir uns nicht alle 17 zusammen tun und nicht jeder sich auf sich selbst verläßt, weil es einmal den trifft und einmal den, einmal die Arbeiter, einmal die Beamten, so schön auseinander, wenn wir uns nicht offensiver als bisher gegen das Aufzurren des sozialen Netzes wehren, dann ist es meines Erachtens nur noch eine Frage der Zeit, bis auch bei uns wieder arbeitslose Kolleginnen und Kollegen durch die Maschen des sozialen Netzes auf den harten Steinboden der Sozialhilfe fallen.

Laßt mich abschließen: Kompetenz, Vertretungskompetenz für Arbeitnehmer kann man auf verschiedene Art und Weise verlieren. Mir scheint, daß die Neue Heimat nur ein Vehikel ist, um auf einer Ebene etwas artikulieren zu können, was wir offener ansprechen sollten. Ich habe den Eindruck, daß wir auch Gefahr laufen, unsere Kompetenz zur Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu verlieren, wenn wir dort, wo es darum geht etwas zu tun, in der Existenzmitte der Arbeitnehmer, am Arbeitsplatz,

mehr reden als handeln. Ich hoffe, es wird in der Zukunft anders, weil wir es sonst alle miteinander auszubaden haben. (*Beifall*)

Erich Herrmann, Gewerkschaft NGG: Maria Weber hat in ihrem Bericht zur Tarifpolitik die Forderung nach einer stärkeren gewerkschaftlichen Gemeinsamkeit aufgestellt, nach stärkerer tarifpolitischer Koordinierung. Man müsse, so sagte sie, eine gemeinsame Linie finden gegen die wachsende Zentralisierung auf der Arbeitgeberseite, gegen den Tabu-Katalog und alles, was damit verbunden sei.

Das ist sicher richtig. An Appellen hat es ja auch nie gefehlt. Aber außer frommen Wünschen ist meist nicht sehr viel mehr dabei herausgekommen. Ich will nicht sagen, daß sich nichts verändert hat; es hat sich vieles gebessert, und die Kommunikation über die Tarifpolitik findet nicht nur über die Medien und die Gazetten statt. Auch die Information läuft besser.

Aber man darf von einer Koordinierung auch nicht zu viel erwarten. Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß über die Koordinierung eine Gleichförmigkeit, ja, daß gleiche Forderungen, gleiche Begründungen oder - was noch schlimmer wäre - gleiche Abschlüsse zustande kommen müssen.

[...]

Ich weiß deshalb auch nicht, ob es unser vordringlichstes Ziel sein muß, der starren Arbeitgeberfront eine ebenso starre Front gegenüberzustellen, gegen sie anzurennen, anstatt mit einer beweglichen Kampfführung die Widerstände aufzubrechen.

Wir haben ja erlebt, wie schnell es gehen kann, wenn Gewerkschaften in große Flächenauseinandersetzungen

verwickelt werden, wenn sie - auch in der Solidarität des Bundes - auszubluten drohen, ohne daß die Arbeitgeber spürbaren oder auch nur annähernden Schaden daran nehmen.

Deshalb glaube ich, daß die Notwendigkeit einer beweglichen Tarifpolitik nicht nur bei den Arbeitskampfformen besteht, sondern auch bei den Strukturen, bei den Ausgangspositionen.

[...]

Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche damit nicht gegen Koordinierung. Ich spreche auch nicht gegen eine solidarische Tarifpolitik. O nein! Ich spreche für eine flexible, bewegliche Tarifpolitik, und dort ist Koordinierung und Solidarität wichtiger als bei einer konventionellen Tarifpolitik. Ich spreche nur gegen Phantasielosigkeit. (*Beifall*)

Klaus Zwickel, IG Metall: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es gut, ich finde es gewerkschaftspolitisch richtig, daß die brennenden Themen - Arbeitslosigkeit, gesellschaftspolitischer Angriff - im Mittelpunkt dieses Kongresses stehen. Ich habe in der Delegiertenbesprechung von Metall auch zu denen gehört, die davor gewarnt haben, uns die Themen von außen aufdrängen zu lassen und den Sumpf um die Neue Heimat nicht zur zentralen Frage auf diesem Kongreß zu machen. Die notwendigen Beschlüsse zur Klärung sind im wesentlichen gefaßt.

[...]

Kolleginnen und Kollegen, viele vor mir haben beklagt: wir haben viel bedrucktes Papier, wir haben viele Programme. Ihr könnt feststellen, es gibt viele kluge und weniger kluge Interviews, unsere Spitzen führen Gespräche mit Parteien und Verbänden, alles das haben wir gehört. Aber es ist wohl die

kritische Frage erlaubt und nicht erst seit heute: Was hat das alles für die Mitglieder, für die Arbeitnehmer insgesamt gebracht? War es alleine ausreichend? Nach meiner Meinung nicht.

Wie stellen sich also der DGB und seine Gewerkschaften, nachdem offensichtlich reden nicht mehr hilft, zu den zentralen Problemen? Welche Konsequenzen ziehen wir nun? Wie ist nun unsere Handlungs- und Aktionsfähigkeit unter den wesentlich verschlechterten Bedingungen? Oder ist das Nichthandeln in vielen Bereichen beziehungsweise der Protest in Form von Reden und Rundschreiben schon Ausdruck oder war er Ausdruck falsch verstandener Rücksichtnahme oder schon Ausdruck tatsächlicher Aktionsunfähigkeit?

[...]

Kolleginnen und Kollegen: ich kann mir nicht vorstellen, daß die auf allen Ebenen weiterhin massiven Angriffe in erster Linie vom Unternehmerlager ohne die Einbeziehung der Betroffenen, nämlich unserer Mitglieder, erfolgreich abgewehrt werden können. Wann — stelle ich die Frage - wollen wir mit diesem Abwehrkampf beginnen? Bei drei oder vier Millionen Arbeitslosen? Was heißt denn hier in den Geschäftsberichten: Wenn Karenztage, wenn Lohnfortzahlung, wenn Arbeitslosengeld angegriffen werden, dann kämpfen wir. Und bis dahin - Kolleginnen und Kollegen -, bis dahin tun wir außer reden nichts. Unsere Aufgabe muß doch wohl heißen: abwehren, solange dazu die Voraussetzungen vorhanden sind.

Mit jedem Arbeitslosen mehr, mit jedem Tag unternehmerischer Propaganda und ihrer politischen Helfer und vieler Medienmacher wird doch unsere Aktionsfähigkeit nicht verbessert, sondern eingeschränkt.

[...]

Eine ängstliche und verunsicherte Arbeitnehmerschaft, Kolleginnen und Kollegen, kämpft nicht aus dem Stand und reagiert auch nicht auf Knopfdruck, auch dann nicht, wenn dieser Knopf von einem Gewerkschaftsvorsitzenden gedrückt wird. Erforderlich ist also eine offensive Gewerkschaftspolitik gerade jetzt unter diesen erschwerten Bedingungen.

Laßt mich noch sagen, daß diese Mitglieder insgesamt dann, wenn wir klar Position beziehen, wenn wir sichtbar Gewerkschaftsarbeit machen in Betrieben, uns auch vertrauen.

Aus der Antragsberatung

Rudolf Judith, IG Metall: Die Verteidigung und der Ausbau der qualifizierten Mitbestimmung muß ein notwendiger Bestandteil jedes sinnvollen Beschäftigungsprogramms sein. Die Wirtschaftskrise zeigt in aller Deutlichkeit, daß die Arbeitnehmerinteressen zutiefst gefährdet sind, wenn sie den Gewinninteressen der Unternehmer und ihrer Eigentümer untergeordnet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen bei Rationalisierung und strukturellem Wandel, zur vollen Ausschöpfung der Rechte der Betriebsräte und der einzelnen Arbeitnehmer sowie zur Stärkung der Gewerkschaften im Betrieb ist eine wirksame Kontrolle von Managemententscheidungen durch die gleichgewichtige und gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf Unternehmensebene der wichtigste Ansatzpunkt.

Schon seit langem ist eine Initiative des DGB angekündigt. Wir haben dies begrüßt und bedauern sehr, daß sie nicht — wie ursprünglich vorgesehen — den Delegierten auf diesem Kongreß vor-

liegt. Vor allem aber wird es darauf ankommen, daß der neugewählte Geschäftsführende Bundesvorstand, vereint mit allen Mitgliedsgewerkschaften, ernst macht mit der Antragsforderung, politischen Einfluß auszuüben, daß der dort bezeichnete Gesetzentwurf umgehend mit der Zielsetzung einer Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode in den Bundestag eingebracht wird.

Jetzt müssen die politischen Parteien Farbe bekennen, nicht erst in der nächsten Legislaturperiode oder kurz vor der nächsten Bundestagswahl. Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wieder, wie vor der letzten Wahl, Aussagen gemacht, um die Gewerkschaften zu besänftigen.

Wir sollten gewarnt sein. Versprechen für die Zukunft helfen uns da wenig, wenn die Einlösung derselben immer wieder im entscheidenden Moment durch Koalitionsabsprachen ausgeklammert wird und wir das auch noch aus falsch verstandener Loyalität immer wieder akzeptieren.

Ich habe keinen Zweifel, daß unsere Mitglieder in den Betrieben und Verwaltungen bereit sein werden, mit allen geeigneten Mitteln sich für unsere Forderung nach Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung einzusetzen, wenn sie erkennen, daß der DGB und die Führungsgremien der Mitgliedsgewerkschaften geschlossen dahinterstehen. (*Beifall*)

Lorenz Schwegler, Gewerkschaft HBV: Daß eine Wirtschaftspolitik notwendig ist, die der Vollbeschäftigung absoluten Vorrang einräumt, haben wir oft betont. Und wir haben dazu bedeutsame Beschlüsse - auch auf diesem Kongreß - bereits gefaßt, ebenfalls auch über die Frage, wie diese Politik im einzelnen

aussehen soll. Ich möchte allerdings meinen, daß diese Feststellungen von uns eher technisch getroffen worden sind.

[...]

Daß der Weg zur Vollbeschäftigung eine Machtfrage ist, ist offenkundig im Zusammenhang mit der Begründung und Durchsetzung unserer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung.

[...]

Neben der Verkürzung der Arbeitszeit steht eine weitere Durchsetzungsaufgabe — nämlich die Verwirklichung eines qualitativen Wachstums. In den zurückliegenden Diskussionen haben wir über die Gemeinschaftsinitiative manches gesagt. Ich will die Frage nicht vertiefen, ob hier ein erster Anstoß gegeben ist oder ob die eher problematisierenden Beurteilungen überwiegen sollten. Jedenfalls besteht unter uns allen Übereinstimmung, daß in diesem Gemeinschaftsprogramm die Verwendungsseite problematisch war, weil die Investitionszulage nicht an beschäftigungspolitische Zielsetzungen gebunden war.

[...]

Es ist unter beschäftigungs- und strukturpolitischen Gesichtspunkten sehr wohl ein Unterschied, ob Investitionen Arbeitsplätze schaffen oder vernichten. Und es ist sehr wohl ein Unterschied, ob Investitionen zukunftswirksam, strukturpolitisch wirksam sind oder ob sie Strukturprobleme verschleppen oder teilweise - das gibt es ja auch — erst schaffen.

Von dort aus müssen wir feststellen, daß das Konzept, Investitionen allein nach dem Prinzip der kurz-, mittel- und langfristigen Gewinnerwartungen zu steuern, angesichts der anstehenden

Probleme nicht mehr ausreichend sein kann.

[...]

Die These „Alle Investitionen sind gleich“ paßt nicht mehr volkswirtschaftlich in diese Zeit, sondern ist letztlich die Umschreibung eines Machtanspruchs, nämlich des Machtanspruches der Unternehmer, unabhängig davon, was dabei sozial herauskommt, allein über Investitionen entscheiden zu wollen.

Die Probleme, Kolleginnen und Kollegen, sind zu ernst, als daß die Unternehmer mit diesem Machtanspruch und gestützt auf diesen Machtanspruch allein Schicksal spielen dürften. Wir sollten den Anspruch der Bevölkerung, den Anspruch der Arbeitnehmer und - so meine ich - auch den Anspruch der demokratisch gewählten Parlamente und der demokratisch gewählten Regierung geltend machen, in diesen Fragen entscheidend mitzubestimmen und dafür zu sorgen, daß der Grundsatz von der Sozialbindung des Eigentums auch in dieser Schicksalsfrage für die weitere Entwicklung geltend gemacht wird. Und wir sollten uns durch keinerlei Verteufelungsparolen, mit denen wir sicher rechnen müssen, dabei irremachen lassen. Mir scheint das ein wesentlicher Punkt zu sein.

Wenn ich mir die Gesamtsituation ansehe, dann, meine ich, haben wir eine gute Grundlage, argumentativ und politisch die Auseinandersetzung um den Stil der Wirtschaftspolitik durchzustehen, wenn wir nur beherzt und nicht halbherzig daran herangehen. Und wir müssen beherzt herangehen, weil die Frage der Wirtschaftspolitik eine Frage von Machtauseinandersetzungen ist. Das stellt der Antrag der IG Metall in ausgezeichneter Weise fest. Und in dem Sinne bitte ich um eine breite Zustimmung. (*Beifall — Unruhe*)

Peter Riemer, Gewerkschaft Holz und Kunststoff: Die Zentralisierung und Steuerung der Tarifpolitik geht auf der Unternehmerseite weit über das hinaus, was sie in ihren Richtlinien festgeschrieben hat. Die Stahlindustrie beispielsweise, selbst nicht organisiert in der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, bekam die Aussperrungskosten im Zusammenhang mit der Aussperrung der Stahlarbeiter aus der Unternehmerkasse ersetzt.

Schon Hanns Martin Schleyer mahnte seine Verbandsgenossen, auch den kleineren Gewerkschaften schärfer auf die Finger zu sehen. Die ersten, die diese Unternehmerstrategie zu spüren bekamen, waren die Kollegen von der IG Druck und Papier, die durch massenhafte bundesweite Aussperrung finanziell ruiniert werden sollten.

Damals begann unter den Gewerkschaften die Diskussion über die Gemeinsamkeiten. Sie reichte aber noch nicht aus für gemeinsame Aktionen. Als die Drucker zum zweiten Mal gefordert waren, gab es hier und da finanzielle Solidarität. Auch die Holzarbeiter waren mit einer halben Million dabei. Und ich sage hier ganz persönlich: Die Anlage bei den Druckerkollegen war besser, als wenn wir das Geld der Neuen Heimat gegeben hätten. (*Beifall*)

Schleiers Nachfolger, Otto Esser, nahm die Überlegungen seines Vorgängers wieder auf und achtete auf die Kleinen: Den Möbelfabrikanten in Ostwestfalen-Lippe versprach er im Sommer 1981, für mehr Gemeinsamkeit und Abstimmung in den einzelnen Tarifrunden zu sorgen.

Damals hatte unsere Tarifkommission die stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Otto Esser sagte darauf wörtlich: „Tarifpolitische Auseinander-

dersetzungen können nur durch eine übergreifende unternehmerische Solidarität bestanden werden." Die Unternehmer sind sich also völlig im klaren, daß sie nur durch enges Zusammenhalten gegen uns aufkommen können.

Was uns da als GHK durch den Präsidenten der BDA angedroht wurde, gilt für jede Gewerkschaft. Deshalb sind wir auf die gegenseitige, auf unsere Solidarität angewiesen, und deshalb kann unsere Antwort an die Unternehmer nur lauten: nicht aus Sorge vor der Hochrüstung der Arbeitgeberverbände zu kapitulieren oder nach scheinbar leichteren Wegen der Arbeitszeitverkürzung zu suchen. Ganz vorne steht für uns die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche.

Dabei sollten wir uns auf die bewährte Tradition der Gemeinsamkeit besinnen. Es führt - das ist die logische Folge dieser Aussage - kein Weg an der Stärkung des DGB vorbei. Wir waren immer dann stark, wenn wir uns einig waren. Ich erinnere an den Kampf um die 40-Stunden-Woche, den wir erfolgreich bestehen konnten. Das lag nicht vordergründig an dem heute noch unerreichten Plakat „Samstag gehört Vati mir!“, sondern vor allem daran, daß wir uns einig waren und der DGB seine Führungsrolle im wohlverstandenen Sinne wahrgenommen hat.

Genau das fehlt heute, wenn es um die 35-Stunden-Woche geht!

[...]

Zurück zum Antrag 280. Es geht darin nicht darum, Tarifpolitik bis auf die zweite Stelle hinter dem Komma verbindlich festzuschreiben. Auch in unserem eigenen Bereich haben wir da manchmal genug zwischen Holzwollhoblern und Modellbauern zu koordinieren. Das kann, das soll uns keiner ab-

nehmen. Worauf es aber ankommt, ist, eins zu sein in den großen Fragen. Dazu gehört zweifellos die 35-Stunden-Woche. Das ist keine Sache, die uns im Jahre 2000 in den Schoß fällt, sondern eine, die wir selber anpacken müssen, hier und heute!

Horst Mettke, IG Chemie-Papier-Keramik: Ich bin mit dem Antragsteller einig, daß die Frage der Koordinierung der Tarifpolitik eine größere und zentralere Bedeutung bekommen hat und daß beispielsweise die Frage der Arbeitszeit ein Punkt ist, bei dem wir uns besser miteinander koordinieren und absprechen müssen. Ich möchte aber im gleichen Zusammenhang darauf hinweisen, daß ich glaube, daß der eine oder andere sich das ein bißchen zu einfach macht, wenn er glaubt, den Tabu-Katalog der Unternehmer dadurch durchbrechen zu können, daß er eine neue Zauberformel "Koordinierung der Gewerkschaften" in den Raum stellt. Ich meine, daß das ein bißchen einfach ist, weil sich diese Koordinierung nur auf zentrale Fragen beziehen kann.

Deshalb haben wir vorhin auch in der Frage der Arbeitszeit einstimmig festgelegt, daß es Zwischenschritte gibt: Verkürzung der Lebensarbeitszeit, Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Abbau von Überbelastung und Mehrfachbelastung. Damit ist, glaube ich, deutlich gemacht, daß die Gewerkschaften hier individuell bestimmte separate Überlegungen anstellen können und müssen. Es kommt nur ein bißchen darauf an, daß man das gemeinsam tut und abstimmt, daß nicht der eine der bloßen Zahl der 35-Stunden-Woche nachläuft und der andere irgendwelche Zwischenschritte macht; das muß sicherlich untereinander besprochen werden. Dafür bin ich.

Zweitens möchte ich in dieser Frage gerne folgendes anmerken: Koordinierung beim DGB darf nicht zu Zentrali-

sierung der Tarifpolitik in den Gewerkschaften führen! Ich muß das für meine Organisation sagen. Und wenn ich landauf landab so lese, was es bei der IG Metall für Diskussionen gibt, dann meine ich, müßte hier eigentlich die IG Metall mein Bundesgenosse sein, da sie sicherlich ähnliche Sorgen hat und ähnliche Überlegungen anstellt.

Tarifpolitik, wenn sie koordiniert wird, darf auch nicht die Zuständigkeiten unserer Tarifkommission in Frage stellen.

Angenommene Anträge (Auszüge)

Antrag 17

Antragsteller: Bundesvorstand Betr.:
Mitbestimmung - Demokratisierung
der Wirtschaft

Der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß erneuert die Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb, Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft als wichtigen Schritt zu einer umfassenden, demokratischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist notwendig für die dauerhafte Sicherung und den weiteren Ausbau der politischen Demokratie.

Die Wirtschaftskrise zeigt in aller Deutlichkeit, daß die Arbeitnehmerinteressen gefährdet sind, solange die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unternehmerischen Gewinninteressen untergeordnet werden. Zur Kontrolle unternehmerischer Entscheidungen, zur Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen bei Rationalisierungen und strukturellem Wandel, zur Vollen Ausschöpfung der Rechte der einzelnen Arbeitnehmer und der Betriebsräte und zur Stärkung der Gewerkschaften im Betrieb ist die gleichgewichtige und gleichberechtigte Mitbestimmung der

Arbeitnehmer auf Unternehmensebene der wichtigste Ansatzpunkt. Sie ist eine notwendige, institutionelle Absicherung des Beschäftigungsprogramms des DGB.

Grundlage der Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung ist und bleibt das in der Praxis erfolgreiche Modell der Montan-Mitbestimmung mit folgenden wesentlichen Elementen:

- Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit von Arbeitnehmer- und Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat:
- einheitliche Arbeitnehmervertretung, die nicht durch Sonderrechte für einzelne Gruppen, insbesondere für leitende Angestellte, gespalten wird;
- gleichgewichtige Beteiligung von außerbetrieblichen Arbeitnehmervertretern;
- ein Arbeitsdirektor, der nicht gegen den Willen der Mehrheit der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bestellt oder abberufen werden kann.

Als bisher weitestgehendes Ergebnis der jahrzehntelangen Kämpfe der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften um Mitbestimmung ist die Montan-Mitbestimmung seit ihrer Existenz Angriffen aus dem Arbeitgeberlager ausgesetzt. Der Versuch der Arbeitgeberverbände und Unternehmen, mit der Verfassungsklage gegen das Mitbestimmungsgesetz 1976 die qualifizierte Mitbestimmung insgesamt in das Abseits der Verfassungswidrigkeit zu stellen, ist gescheitert.

Nach wie vor aber fordern sie die leitenden Angestellten auf, im Klagewege gegen die Montan-Mitbestimmung vorzugehen und die einheitliche Arbeitnehmervertretung in den Aufsichtsräten der Montanindustrie zu spalten. Die jüngste Auseinandersetzung um die Beibehaltung der Montan-Mitbestimmung bei der Mannesmann AG hat darüber hinaus gezeigt, daß ihr tatsächlicher An-

Wendungsbereich durch Umstrukturierungs- und Konzentrationsmaßnahmen, die letztendlich in der Entscheidungsmacht der Anteilseigner liegen, eingeschränkt werden kann.

Die von den Gewerkschaften geforderte dauerhafte und umfassende Sicherung der Montan-Mitbestimmung ist durch das Änderungsgesetz vom 21. Mai 1981 nicht gewährleistet. Bei unveränderter Sach- und Rechtslage werden die Mannesmann AG und andere Unternehmen nach Ablauf der neu in das Gesetz eingefügten Überleitungsfrist von 6 Jahren in den Geltungsbereich des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 überwechseln. Der Abbau von Gewerkschaftsrechten bei der Bestellung der Arbeitnehmervertreter in allen montanmitbestimmten Unternehmen war der unverhältnismäßige Preis für diese Auslaufrist.

Das Mitbestimmungsgesetz von 1976 bedeutet zwar eine Erweiterung der Arbeitnehmerbeteiligung in den Aufsichtsräten, die Scheinparität im Aufsichtsrat gewährleistet aber keine gleichberechtigte und gleichgewichtige Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Vor dem Hintergrund der Gefährdung der qualifizierten Mitbestimmung hat der Außerordentliche DGB-Bundeskongress im März 1981 die programmatischen Vorstellungen der deutschen Gewerkschaften im neu verabschiedeten Grundsatzprogramm aktualisiert, präzisiert und bekräftigt.

Die Unternehmensmitbestimmung bedarf der Ergänzung nicht nur durch eine wirksame Betriebsverfassung, sondern auch durch die Schaffung einer Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich. Dies schließt die Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen im Bereich des öffentlichen Dienstes und der öffentlich-rechtlichen sowie

konfessionellen, karitativen, erzieherischen, wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen mit ein.

Bei der Wahrung und Weiterentwicklung der Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen in Betrieb und Verwaltung kommt es insbesondere darauf an:

- die Informations-, Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte zu stärken,
- die Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten der Betriebsräte zu erweitern.
- die Gewerkschaftsrechte im Betrieb auszubauen.
- die Einheitlichkeit der Arbeitnehmervertretungen zu sichern.

Im Bereich des Unternehmensrechts sind insbesondere folgende Probleme zu lösen:

- Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital in allen wesentlichen, das Unternehmen betreffenden Fragen;
- Verhinderung aller Fluchtmöglichkeiten aus Mitbestimmungsgesetzen, insbesondere durch Einführung eines Rechtsformzwangs für Großunternehmen;
- Unterbindung aller Möglichkeiten, durch Satzung und Geschäftsordnung Mitbestimmungsgesetze auszuheben; dazu ist es notwendig, Mindestkompetenzen des Aufsichtsrats festzuschreiben sowie einen unveränderbaren Kernbereich zustimmungsbedürftiger Geschäfte des Aufsichtsrats festzulegen;
- Gestaltung eines Konzernrechts, das gleichberechtigte Mitbestimmung auf allen Ebenen garantiert und eine effektive Haftung des Konzerns als Ganzem für Verbindlichkeiten einzelner Konzerngesellschaften vorsieht;
- Verbesserung der Publizität, insbesondere durch Erfassung bislang nicht Publizitätspflichtiger Gesellschaftsformen sowie eine größere Aussagekraft der Unternehmensbilanzen durch Weiterentwicklung der bisherigen Vorschriften und Einführung der Pflicht zu einer

gesellschaftsorientierten Rechnungslegung.

Es ist sicherzustellen, daß diese Grundsätze auch für multinationale Unternehmen effektiv zur Geltung kommen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß diese Grundsätze auch in der EG umgesetzt und die eigenen Widerstände gegen unternehmensrechtlich fortschrittliche Ansätze aufgegeben werden. Insbesondere erwartet der 12. Ordentliche DGB-Kongreß, daß die Vorstellungen über eine Europäische Aktiengesellschaft endlich in die Realität umgesetzt werden.

Gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen lassen sich auch durch eine qualifizierte Mitbestimmung auf Unternehmensebene nicht verhindern. Die Forderung nach einer Ergänzung der Unternehmensmitbestimmung durch eine gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung ist damit aktueller denn je.

Dazu sind in Bund und Ländern sowie auf regionaler Ebene paritätisch mit Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber besetzte Wirtschafts- und Sozialräte zu errichten.

Um die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer auch und gerade in wirtschaftlich und politisch schwieriger werdenden Zeiten zu sichern und auszubauen, bedarf es einer entschiedenen und konkreten Initiative des DGB. Der DGB wird beauftragt, umgehend ein Aktionsprogramm zu entwickeln, mit dem Ziel, für alle Großunternehmen eine Mitbestimmungsregelung zu schaffen, die — auf der Grundlage der Montanmitbestimmung — die volle Parität von Kapital und Arbeit in allen wichtigen Entscheidungsprozessen der Unternehmung gewährleistet. Hierzu ist notwendig: — Aktualisierung des Gesetz-

entwurfs des DGB zur qualifizierten Mitbestimmung in Großunternehmen von 1968 durch Aufnahme folgender Punkte: 1. Beseitigung des Letztentscheidungsrechts der Hauptversammlung, 2. Einführung gesetzlicher Öffnungsklauseln mit der Möglichkeit des Abschlusses ergänzender und konkretisierender Mitbestimmungsvereinbarungen. — Politische Einflußnahme, daß der Gesetzentwurf umgehend mit der Zielsetzung einer Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode in den Deutschen Bundestag eingebracht wird.

Für diese Zielsetzung ist die Mitgliedschaft umfassend zu mobilisieren. Um das aktive Engagement der Mitgliedschaft zu gewährleisten, ist sicherzustellen, daß — die vorhandenen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte konsequent und umfassend genutzt werden; — eine stärkere Koordination der Mitbestimmungspolitik auf den verschiedenen Ebenen der Unternehmen erfolgt, um ein einheitliches Vorgehen in allen, die Arbeitnehmer betreffenden, Fragen zu erreichen; — die Mitbestimmungsforderung in der Bildungsarbeit der Einzelgewerkschaften und des DGB, unter anderem als DGB-Schwerpunktthema, verstärkt behandelt wird; — die Mitbestimmungsforderungen bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen auf allen Organisationsebenen zum zentralen Thema gemacht werden.

Durch eine konkrete und abgestufte Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu Großveranstaltungen ist der Gesetzentwurf nachhaltig auch nach außen hin bekanntzumachen; hierbei ist der Zusammenhang mit dem Beschäftigungsprogramm des DGB besonders herauszustellen.

Die Maßnahmen sind durch eine empirische Forschung zum Verhältnis von Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Betriebspolitik zu ergänzen, um die Informationen über Schwerpunkte und

Ausprägungen der Betriebsratsarbeit, Beziehungen zu Vertrauensleuten, Umsetzung der Tarifpolitik in die betriebliche Praxis zu verbessern.

Insgesamt muß eine politische Atmosphäre geschaffen werden, in der das Verhalten der Parteien und der einzelnen Bundestagsabgeordneten zu dem vom DGB vorgelegten Gesetzentwurf eindeutiger und entscheidender Maßstab der Arbeitnehmer für anstehende Wahlentscheidungen wird.

Antrag 84
Antragsteller: Bundesvorstand
Betr.: Beschäftigungssichernde
Wirtschaftspolitik

Die in den letzten Jahren eingetretene und für die kommenden Jahre prognostizierte Arbeitslosigkeit stellt eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts dar. Nach den Grundsätzen des Sozialstaats sind Bund und Länder gemäß Art. 109 Abs. 2 GG verpflichtet, unverzüglich Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und damit zur Wiederherstellung des Gleichgewichts einzuleiten. Diesem Ziel steht sowohl die Hochzinspolitik der Bundesbank wie auch der Sparkurs der öffentlichen Haushalte entgegen.

Deshalb fordert der DGB Bund, Länder und Gemeinden zu einer beschäftigungssichernden Finanzpolitik auf. Die Bundesbank wird aufgefordert, ihre Geldpolitik an den Bedürfnissen der Beschäftigungssicherung zu orientieren. Erforderlich sind Investitionen, die über ein höheres qualitatives Wachstum zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Diese langfristige Investitionssicherung kann nicht durch kurzfristige Konjunkturprogramme erfüllt werden. Notwendig ist eine Beschleunigung und Verstärkung des qualitativen Wachstums, das

die Sicherstellung künftiger Bedarfe gewährleistet, die notwendige Strukturanpassung der Wirtschaft erleichtert und damit auch die Angebotsbedingungen für die Unternehmen verbessert. Dieser Zielsetzung sind alle anderen wirtschaftlichen Aktivitäten zuzuordnen.

Der DGB knüpft damit an Forderungen an, die er bereits in seinen Vorschlägen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung vom Juli 1977 erhoben hat.

Eine derartige, die Beschäftigung langfristig sichernde Weichenstellung der Wirtschaftspolitik ist inzwischen noch dringlicher geworden, — um dem drohenden Anstieg der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren entgegenzuwirken, — um eine umweltfreundliche und Ölimporte einsparende Energieversorgung der Bundesrepublik sicherzustellen und damit das ölimportbedingte Leistungsbilanzdefizit abzubauen. — um die Lebens- und Umweltqualität in der Bundesrepublik zu verbessern.

Ein erster Abschnitt der langfristigen Investitionspolitik muß das auslaufende Programm für Zukunftsinvestitionen ersetzen. Dafür sollen von Bund, Ländern und Gemeinden bis 1985 mindestens 50 Milliarden D-Mark zusätzlich zu den mittelfristig eingeplanten Mitteln bereitgestellt werden. Damit diese Investitionen kurzfristig zur konjunkturellen Belebung der Binnennachfrage beitragen können, müssen sie unverzüglich projektiert und begonnen werden.

Im Mittelpunkt der langfristigen Zukunftsinvestitionen müssen stehen: 1. Öffentliche und private Investitionen zur rationellen und sparsamen Verwendung von Energie, zur Erschließung alternativer Energiequellen und zur vorrangigen Nutzung der heimischen Energiequellen, vor allem der Kohle. 2. Weiterhin muß das Programm dringende öffentliche Bedarfe in folgenden infra-

strukturellen Schwerpunkten abdecken: a) Wohnungs- und Städtebau, insbesondere sozialer Mietwohnungsbau in Ballungsgebieten, sozial orientierte Wohnungsmodernisierung. Sanierung und Wohnumfeldverbesserung der Innenstädte; b) Verkehr, insbesondere Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Beseitigung von Verkehrslärm und Unfallgefahren; c) Umweltschutz. Verbesserung der Trinkwasserversorgung und -qualität. Verringerung der Luftverschmutzung, aktiver und passiver Lärmschutz. Müllbeseitigung, Rohstoffrecycling und Landschaftsschutz sowie Sanierung der Binnengewässer und des Meeres; d) Verbesserung der Qualität von Bildung und beruflicher Bildung durch Ausbau der schulischen Einrichtungen und Ausbildungsstätten; e) Förderung zukunftsorientierter Technologien, die gleichermaßen der Erhaltung und Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit wie dem qualitativen Wachstum und der Humanisierung des Arbeitslebens dienen.

Die Finanzierung beschäftigungssichernder Investitionen ist durch die Kombination verschiedener Maßnahmen zu gewährleisten.

Wachstums- und Beschäftigungseinbußen führen zu sinkenden Steuer- und Beitragseinnahmen und verursachen hohe öffentliche Kosten zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Die Wachstums- und Beschäftigungskrise ist zugleich die Ursache der Finanzkrise. Alle Versuche, die öffentlichen Haushalte durch eine reine Sparpolitik zu sanieren, vergrößern wegen ihrer krisenverschärfenden Wirkung die Finanzprobleme. Eine Voraussetzung zur Haushaltskonsolidierung ist eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik, da nur sie über höhere Steuern und Beitragseinnahmen und durch den Abbau der Kosten der Arbeitslosigkeit zur Verringerung der Neuverschuldung beitragen kann.

Die Spielräume zur Kreditfinanzierung einer beschäftigungssichernden Finanzpolitik sind aber enger geworden. Die psychologischen Widerstände gegen ein Anwachsen der Staatsverschuldung haben zugenommen. Die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte hat infolge der Hochzinspolitik an Gewicht zugenommen. Dennoch ist festzustellen: a) Staatsverschuldung und Zinsbelastung sind in der Bundesrepublik niedriger als in den meisten vergleichbaren Industrieländern. Der DGB wendet sich daher mit allem Nachdruck gegen eine Polemik, die im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung von Inflation, Staatsbankrott, Währungsreform und Devisenzwangswirtschaft spricht. Dadurch werden in der Bundesrepublik historisch begründete Ängste vor Währungsreformen und galoppierenden Inflationen geschürt und politische Fehlentscheidungen begünstigt. Die Inangasetzung der Notenpresse im Gefolge zweier Weltkriege ist mit der heutigen Staatsverschuldung und der allgemeinen wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik in keiner Weise vergleichbar. Die durch Fehlinformationen geschürten Ängste können jedoch die Handlungsfähigkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schwer beeinträchtigen, b) Krisenbedingte Steuer- und Beitragsausfälle sowie ein krisenbedingter Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit müssen durch höhere Nettokreditaufnahmen ausgeglichen werden. Die Vermeidung derartiger Defizite durch Verminderung der sozialen Leistungen oder verminderte öffentliche Investitionen lehnt der DGB ab, da sie in die Sackgasse einer „Brüning-Politik“ führen, c) Die Deutsche Bundesbank muß durch eine Politik möglichst niedriger Zinsen mit dazu beitragen, die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte niedrig zu halten, um finanzpolitische Handlungsspielräume zurückzugewinnen und zu erhalten.

Infolge der enger gewordenen Spielräume der Kreditfinanzierung sind zusätzliche Finanzierungsquellen zur Sicherung einer beschäftigungssichernden Finanzpolitik zu nutzen:

Beschäftigungswirksame *Umschichtung* von öffentlichen Ausgaben, insbesondere Einsparung von Subventionen, soweit sie nicht unmittelbar, kontrollierbar und gezielt zur Schaffung von Arbeitsplätzen bzw. Verbesserung des qualitativen Wachstums beitragen. Der DGB verweist in diesem Zusammenhang auf seine „Forderungen und Vorschläge zur Subventionskontrolle“ vom 22. Februar 1980 sowie auf die diesbezüglichen konkreten Forderungen seines Grundsatzprogramms (Abschn. 12: Öffentlicher Haushalt, Finanz-, Steuer- und Geldpolitik).

Mobilisierung von privaten Investitionen in den Schwerpunkten des geforderten langfristigen Investitionsprogramms durch finanzielle Anreize sowie durch Auflagen und Gebote, z. B. zur Durchsetzung von Energiespar- und Umweltschutzmaßnahmen.

Abbau unnötiger Investitionser-schwernisse, z. B. durch Straffung und Beschleunigung überlanger Prüfungs- und Genehmigungsverfahren. In diesem Zusammenhang wendet sich der DGB jedoch mit Nachdruck gegen ein Operieren mit unbeweisbaren Zahlen über die Größenordnung eines sogenannten „Investitionsstaus“ sowie insbesondere gegen alle Versuche, notwendige Reform-gesetze und Maßnahmen zum Schutz der Menschen und der Umwelt als „Investitionshemmnisse“ zu diffamieren und abzuschaffen.

Einführung einer Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer für Bezieher höherer Einkommen sowie eines Arbeitsmarktbeitrages für alle am Erwerb-sleben Beteiligten.

„Zur Verwirklichung einer beschäftigungssichernden Finanzpolitik müssen Bund, Länder und Gemeinden durch ein gleichgerichtetes und abgestimmtes Verhalten beitragen“ (DGB-Grundsatzprogramm). Deshalb fordert der DGB Bund, Länder und Gemeinden auf, insbesondere bei der Aufstellung, Finanzierung und Durchführung des langfristigen Investitionsprogramms nach den Spielregeln des „kooperativen Föderalismus“ zusammenzuarbeiten. Dabei sollte auch auf die Mischfinanzierung öffentlicher Vorhaben durch Bund und Länder zurückgegriffen werden, wie dies im Grundgesetz vorgesehen ist und sich bei früheren Programmen bewährt hat.

Antrag 85
Antragsteller: IG Metall
Betr.: Wirtschaftspolitik

[...]

Der DGB wendet sich — gestützt auf die praktischen Erfahrungen im In- und Ausland — gegen alle Vorstellungen einer kapitalorientierten Wirtschaftspolitik, die lediglich zu einer Umverteilung zugunsten der Gewinne, nicht aber zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen können.

[...]

Der DGB fordert stattdessen mit Nachdruck eine arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik, die der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse unbedingten Vorrang einräumt. Als prinzipielle Ansatzpunkte einer solchen autonomen Beschäftigungspolitik hat der DGB schon in seinem Vollbeschäftigungsprogramm von 1977 die Beschleunigung des qualitativen Wirtschaftswachstums, die soziale Beherrschung der Produktivitätsentwicklung und die Verkürzung der Arbeitszeit genannt.

Praktische Erfolge im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für Vollbeschäftigung erfordern die schrittweise Einschränkung der alleinigen unternehmerischen Verfügungsgewalt über Produktion und Preise, über Investitionen und Arbeitsplätze sowie die zunehmende Verpflichtung der Unternehmen auf soziale und gesellschaftliche Belange.

Dazu bedarf es einer grundlegenden wirtschaftspolitischen Neuorientierung auf den folgenden Handlungsfeldern:

1. Beschäftigungsorientierte Konjunkturpolitik

Vorrangiger Ansatzpunkt einer beschäftigungsorientierten Konjunkturpolitik ist nicht eine Senkung der Kosten für private Unternehmen, sondern eine Steigerung der gesellschaftlichen Nachfrage. Öffentliche Wachstums- und Beschäftigungsprogramme müssen Vorrang erhalten gegenüber der Förderung privater Investitionen. Die Geldpolitik der Bundesbank darf stabilitätspolitische Ziele nicht um den Preis einer Gefährdung von Arbeitsplätzen verfolgen. Darüber hinaus muß die Konjunkturpolitik zunehmend in das Konzept einer vorausschauenden Strukturpolitik integriert werden.

2. Beschäftigungssichernde Finanzpolitik

Der DGB-Bundeskongreß warnt die öffentlichen Hände vor einer überzogenen Ausgabenbeschränkung, die einen dauerhaften und rezessionsverschärfenden Ausfall an Nachfrage, eine Vernichtung von Arbeitsplätzen und eine weitere Verschlechterung der öffentlichen Finanzsituation nach sich ziehen würde. Die staatliche Finanzkrise ist nicht Ursache, sondern Folge der Beschäftigungskrise. Das beste Mittel zur Konsolidierung der Staatsfinanzen ist deswegen eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik. Darüber hinaus verweist der DGB-Bundeskongreß mit Nachdruck auf die

Finanzierungsvorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom Juli 1981, mit denen eine Besserung der staatlichen Finanzsituation ohne Verletzung des Grundsatzes der sozialen Ausgewogenheit gewährleistet wäre.

Zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit ist eine Rückkehr zur beschäftigungssichernden Finanzpolitik einzuleiten. Der DGB-Bundeskongreß fordert Bund, Länder und Gemeinden auf, bis 1985 ein Programm für Zukunftsinvestitionen in Höhe von 50 Milliarden DM zusätzlich durchzuführen, das sowohl die Beschäftigung sichert als auch das qualitative Wachstum fördert.

3. Vorausschauende Strukturpolitik

Im Zeichen erweiterter Strukturprobleme und verengter staatlicher Finanzierungsspielräume bekräftigt der DGB seine Grundsätze zur Subventionskontrolle aus dem Jahre 1979. Er betont insbesondere die Notwendigkeit

- einer Verknüpfung von Subventionen mit konkreten Struktur- und beschäftigungspolitischen Auflagen;
- einer umfassenden Erfolgskontrolle unter Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene;
- des Ersatzes verdeckter Subventionen (Steuererleichterungen) durch offene Zuschüsse, die rückzahlbar sind oder in öffentliche Beteiligungsrechte umgewandelt werden;
- der Einbindung von Subventionen in ein Konzept der vorausschauenden Strukturpolitik.

Grundlage einer vorausschauenden Strukturpolitik sind verbesserte Informationen. Dazu gehören:

- eine gesellschaftsbezogene Rechnungslegung der Unternehmen,
- öffentliche Investitionsmeldestellen,
- der Ausbau der Strukturberichterstattung,
- laufende Nachfrage- und Bedarfsvor-

ausschätzungen auch auf Branchenebene.

Wichtigstes Durchsetzungsmittel einer vorausschauenden Strukturpolitik ist die Ausweitung des staatlichen Handlungsspielraums gegenüber Kapitalinteressen. Darunterfällt:

- eine verstärkte Wettbewerbspolitik, die Fehlentwicklungen durch Vermachtung der Märkte zu bekämpfen hat;
- die verstärkte Nutzung öffentlicher Unternehmen als Instrument der Marktregulierung, insbesondere der Rohstoff- und Energieversorgung;
- die verstärkte Verwendung von Auflagen und Belastungen, von Ge- und Verboten als strukturpolitische Instrumente im Rahmen regionaler und bundesweiter Entwicklungspläne.

4. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik ist integrierter Bestandteil einer gesellschaftlichen Reformpolitik. Auf diesem Hintergrund unterstreicht der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß die Notwendigkeit und Aktualität der gewerkschaftlichen Forderungen nach

- Unantastbarkeit der Koalitionsfreiheit, des Streikrechts und der Tarifautonomie,
- erweiterter betrieblicher Mitbestimmung, gleichberechtigter Mitbestimmung im Unternehmen und gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung.
- volkswirtschaftlicher Rahmenplanung und Investitionslenkung.
- Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum.

Der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß betont die Entschlossenheit der organisierten Arbeitnehmer, sich gemeinsam für eine Wirtschaftsordnung einzusetzen, die den Interessen der arbeitenden Menschen dient.

Antrag 280

Antragsteller: Gewerkschaft Holz und Kunststoff

Betr.: Gemeinsames Vorgehen zur Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen und eine stärkere Koordinierung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik

Die im DGB zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften bekräftigen ihre Entschlossenheit, durch ein gemeinsames abgestimmtes Vorgehen eine Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche durchzusetzen. Gleichzeitig halten sie es für notwendig, durch entsprechende Absprachen der Einzelgewerkschaften ein Gegengewicht gegen die tarifpolitischen Zentralisierungstendenzen der Arbeitgeberverbände zu schaffen.